

»Drei Ebenen politischer Arbeit«

Susanne Sander

Karrieren und Barrieren

Politikerinnen in den Landtagen der Bundesrepublik in den Jahren 1946 bis 1960 und ihre frauenpolitischen Offensiven

Basierend auf den von der feministischen Biografieforchung formulierten Prinzipien der Historizität, Ganzheitlichkeit und Geschlechtsgebundenheit des Biografiekonzepts¹ wurden in dieser empirisch-vergleichenden Analyse die Lebensgeschichten von Landesparlamentarierinnen ausgewertet.²

Insgesamt waren in der Zeit von 1946 bis 1960 in den westdeutschen Landtagen 322 Frauen vertreten, davon gehörten 146 der SPD, 37 der KPD, fünf der SED, 80 der CDU, sechs der CSU, 32 der LDP/FDP, sieben dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), vier der Deutschen Partei (DP), zwei der Deutschen Zentrumspartei (DZP), je eine der Deutschen Reichspartei (DRP) und Sozialistischen Reichspartei (SRP) an, eine Frau war parteilos.³ Im Mittelpunkt der Untersuchung standen dabei die Kriterien:

- Altersstruktur, Herkunft und politische Sozialisation bis 1945 (hier insbesondere während des Nationalsozialismus),
 - Ausbildung und Berufstätigkeit,
 - Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik,
 - Politikfelder und das Verständnis von Frauenpolitik,
 - Karriereverläufe und Akzeptanz in der Partei.
- Zudem lagen der Untersuchung folgende Leitfragen zugrunde:
- Wie verliefen die Politisierungsprozesse der Frauen, gab es partei- und frauenspezifische Merkmale, Gemeinsamkeiten und Unterschiede?

- Welche Faktoren und Strukturen bestimmten Möglichkeiten und Barrieren von Landtagspolitikerinnen in der Nachkriegszeit?

1. »Zusammenbruch 1945: Für mich hieß das Position beziehen.«⁴

In der unmittelbaren Nachkriegszeit erfüllten weitgehend Frauen die existenzielle Reproduktionsarbeit. Mit ihren Aufbauleistungen emotionaler und materieller Art schufen sie wieder gesellschaftliche, familiäre und persönliche Lebensstrukturen und trugen damit maßgeblich zur Entstehung stabiler Verhältnisse bei. Auch die Frauen, die sich in den über 5.000 Frauenausschüssen politisch engagierten, taten dies mit Empathie und großem Einsatz. Diese auf lokaler Ebene von Frauen aus allen sozialen Schichten, verschiedenster parteipolitischer, kirchlicher und weltanschaulicher Richtungen – darunter auch viele der späteren Landtagsabgeordneten – initiierten Zusammenschlüsse, organisierten in der unmittelbaren Nachkriegszeit vielfältige sozial- und kulturpolitische Projekte. Dieses offene Konzept einer überparteilichen und unabhängigen politischen Frauenarbeit scheiterte in dem Moment, als die traditionellen politischen Institutionen, wie Verbände und Parteien, sich begannen wieder zu etablieren. Da die Parteien um ihre Einigkeit, um Macht und Einflussmöglichkeiten fürchteten, wurden die

Frauenausschüsse politisch ausgegrenzt und für die eigenen weiblichen Parteimitglieder negativ sanktioniert. Zudem leitete im Zuge des Kalten Krieges die Ideologisierung der politischen Auseinandersetzung in Form des strikten Antikommunismus das Ende der überparteilichen Zusammenarbeit ein.

Diese ambivalente Entwicklung spiegelte sich auch in der Präsenz von Frauen in den Landesparlamenten wider. Zwar war es für die Parteien nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur eine selbstverständliche demokratische Pflicht, die aktive Teilnahme von Frauen in der Politik wieder offensiv zu propagieren. Aber bei der Vergabe von wichtigen politischen Positionen, wie den Landtagsmandaten, wurde den Frauen meist nur eine Alibifunktion zugestanden. Ein durchschnittlicher Männeranteil von 95 Prozent in den Parlamenten der Flächenländer und 85 Prozent in denen der Stadtstaaten beschreibt eindrücklich, wie marginal die Frauenrepräsentanz in den Jahren von 1946 bis 1960 war.⁵ Dabei sank seit den ersten Landtagswahlen 1946/47 der Frauenanteil stetig oder stagnierte bestenfalls. Eine Tendenz, die bis weit in die 1970er Jahre fort dauerte. Denn erst bei den hessischen Landtagswahlen im Jahre 1978 wurde in einem Flächenland die zehn Prozentmarke überschritten. Eine sich langsam vollziehende grundlegende Trendwende setzte erst in den 1980er Jahren mit der Einführung der Quotenregelung bei den Grünen und der SPD ein. Heute, im Frühjahr 2009, sind 32 Prozent aller Landtagsmandate von Frauen besetzt, wobei der Anteil der Grünen bei über 50 Prozent und der der SPD bei knapp 40 Prozent liegt.⁶ Dagegen bestätigt der weiterhin niedrige Frauenanteil von gut 20 Prozent bei der CDU/CSU und der FDP, dass ein unverbindliches Quorum bzw. eine freiwillige Zielvereinbarung kein geeignetes Instrumentarium ist, um eine annähernd geschlechterparitätische Mandatsverteilung zu erreichen. Vielmehr belegt die Entwicklung des prozentu-

alen Frauenanteils in den Landtagen seit 1946 bis heute, dass eine paritätische Mandatsvergabe zwischen Frauen und Männern ohne eine verbindliche Quotenregelung in allen Parteien kaum Realität werden wird.⁷

2. »Da fragte keiner, ob Frauen logisch genug und beständig genug fürs politische Handwerk seien – wir waren da und packten mit an. Wir lernten, weil wir mitmachten, mithalfen, mitredeten.«⁸

In der ersten Wiederaufbauphase wurden Frauen in der Politik gebraucht, weibliche Rollenzuweisungen spielten keine bzw. vorübergehend nur eine untergeordnete Rolle. Dabei fingen die Politikerinnen der »ersten Stunde« ebenso wenig bei Null an wie die gesamte Gesellschaft. Entsprechend ihres Alters, ihrer Herkunft und politischen Sozialisation hatten die meisten der späteren Landtagsparlamentarierinnen politische Erfahrungen in der Weimarer Republik gesammelt, einige der älteren Generation bereits im Kaiserreich. So prägte das identitätsstiftende Milieu der Arbeiterbewegung mit seinem breit gefächerten Netzwerk von parteiinternen und -nahen Organisationen das Leben der Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen. Die Politikerinnen des christlich-liberal-konservativen Parteienspektrums erfuhren ihre politische Sozialisation in erster Linie in Frauenzusammenhängen der bürgerlichen und konfessionellen Frauenbewegung und erst in zweiter Linie in Parteien.⁹

Insbesondere die Weimarer Republik verbanden die Frauen mit einer Ära des Aufbruchs und des Eroberns neuer Wirkungsfelder im beruflichen, sozial-karitativen, politischen und frauenpolitischen Bereich. Frauen, die sich in der Zeit zwischen der Einführung des Frauenwahlrechts 1918/19 und dem Verbot der Parteien 1933 viel-

fältig politisch engagiert hatten, hatten ein nicht unerhebliches Selbstbewusstsein durch diese Arbeit erfahren, an das sie nach 1945 wieder anzuknüpfen suchten.

Die Zeit des Nationalsozialismus bedeutete hingegen nicht nur einen radikalen, oft lebensbedrohlichen Einschnitt in den Biografien der Politikerinnen, sondern auch das gewaltsame Ende dieses ersten demokratisch-politischen Erfahrungsstranges von Frauen. Erinnert sei hier vor allem an die Kommunistinnen, die sich bis auf sehr wenige Ausnahmen an illegaler Widerstandsarbeit unterschiedlichster Art (konspirative Treffen, Herstellung und Verteilung von Flugblättern, Kurierdienste, Verstecken von Verfolgten, Fluchthilfe etc.) beteiligten. Infolgedessen wurden sie oft bereits nach kurzer Zeit verhaftet und unter der Anklage »Vorbereitung zum Hochverrat« zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt und anschließend in der Regel für unbestimmte Zeit in ein Konzentrationslager verbracht, aus dem viele erst durch die Alliierten befreit wurden.¹⁰

Unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung nahmen die meisten Politikerinnen das Ende der NS-Diktatur als Verpflichtung und Chance wahr, um – nicht zuletzt als Engagement von Frauen für Frauen – am Aufbau eines demokratischen Staatswesens verantwortlich mitzuwirken. Parteiübergreifend vertraten viele Frauen die Auffassung, dass sie nach der Zeit des Nationalsozialismus, der die Frauen fast vollständig aus der Politik ausgeschaltet hatte, aufgrund ihres Geschlechts in einer besonderen Verantwortung standen. Die CSU-Politikerin Maria Probst, bayerische Landtagsabgeordnete von 1946 bis 1949 und Bundestagsabgeordnete von 1949 bis 1967, hielt das Mitwirken der Frauen deswegen für unerlässlich:

»Ich sehe gerade in der Ausschaltung des weiblichen Einflusses in der Politik eine der Ursachen unseres heutigen Zusammenbruchs ... Ich glaube, daß wir eine unerhörte Schuld auf

uns geladen haben und noch dabei sind, wieder eine neue auf uns zu laden, wenn wir Frauen uns einer nicht gottgewollten Passivität anheimgeben. Wir müssen uns der Mühe und des Opfers des politischen Kampfes unterziehen.«¹¹

Vor allem im Bereich der Sozialpolitik kritisierten weibliche Abgeordnete die traditionelle Familienpolitik der 1950er Jahre mit ihrer Ideologisierung und Reduzierung der Frauen auf die Rolle von Mutter, Ehe- und Hausfrau. Stattdessen forderten sie die gesellschaftliche Anerkennung, Unterstützung und Integration der berufstätigen Frauen wie der Hausfrauen und Mütter. So gestalteten die Parlamentarierinnen auf der Landesebene die Sozialgesetzgebung in vielen Bereichen maßgeblich mit und versuchten, frauenpolitische Vorstellungen durchzusetzen. Ein sichtbares Ergebnis dieses Engagements zeigte sich in den interfraktionellen Anträgen, die von den Parlamentarierinnen der verschiedenen Parteien in den Landtagen gemeinsam gestellt wurden. So forderten z. B. die Berliner Parlamentarierinnen eine gerechtere Besteuerung lediger Frauen sowie eine Höherstufung der Hausfrauen bei den Lebensmittelkarten; niedersächsische weibliche Abgeordnete setzten mit ihren Anträgen eine finanzielle Unterstützung für die Berufsausbildung von Kriegerwitwen und -waisen, die Gleichbehandlung von zivilinternierten Frauen und Männern bei der Entlassung und die Schaffung neuer Stellen für Fürsorgerinnen durch.¹² Zudem unterstützten sich die Politikerinnen in Debatten, in denen frauenpolitische Anliegen beraten wurden. Korrespondierend mit der überparteilichen Zusammenarbeit im außerparlamentarischen Bereich, nutzten die Politikerinnen dieses politische Instrument allerdings nur in den ersten Nachkriegsjahren für ihre Landtagsarbeit. Im Gegensatz zur unmittelbaren Nachkriegsphase, die geprägt war von Kooperation, Konsens, gegenseitiger Wertschätzung und kollegialem Umgang, dominierten im Zuge des Kalten Krieges zunehmend der Fraktionszwang, eine

klare Abgrenzung zwischen den Parteien und ein kontrovers-polemischer Debattenstil. Zwar konnte sich in diesem politischen Umfeld keine institutionalisierte interfraktionelle Zusammenarbeit unter den Politikerinnen in den Parlamenten etablieren, dennoch nutzten die Politikerinnen weiterhin ihre vielfältigen Netzwerkstrukturen innerhalb und außerhalb der Partei – hier vor allem die zahlreichen Frauenverbände –, um ihre frauenpolitischen Ziele effizienter vertreten zu können.

Unabhängig von Parteizugehörigkeiten engagierten sich die meisten Politikerinnen jeweils in den Politikfeldern, in denen sie aufgrund ihres Berufs und/oder ihrer ehrenamtlichen Arbeit über langjährige Erfahrungen und vielfältige Kompetenzen verfügten. Eine Übersicht über das Sozialprofil der Landtagsabgeordneten zeigt deutlich, dass zum Zeitpunkt der Wahl in den jeweiligen Landtag knapp zwei Drittel aller Politikerinnen erwerbstätig waren, ein Drittel gab als Berufsangabe ›Hausfrau‹ an. Knapp vier Fünftel der berufstätigen Landtagsabgeordneten arbeiteten in als typisch weiblich bezeichneten Berufsfeldern, insbesondere in Berufen im kaufmännischen Bereich, im Bildungswesen sowie im sozialen oder kulturellen Sektor. Gehörte die Berufstätigkeit für die meisten Frauen zu ihrem Selbstverständnis, war sie andererseits aber auch notwendig, da die Aufwandsentschädigung als Landtagsabgeordnete in den meisten Fällen nicht ausreichte, um davon leben zu können.¹³

Entsprechend ihrer Professionen engagierten sich die Politikerinnen vorwiegend in der Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik. Dabei teilten die Parlamentarierinnen die aus männlicher Sicht getroffene Wertung der Zweitrangigkeit dieser Politikfelder nicht. Stattdessen rekurrierten sie auf das Konzept der »geistigen Mutterschaft« der bürgerlichen Frauenbewegung bzw. dem des »Frauentums als sozialer Mütterlichkeit« der Sozialdemokratie und verwiesen angesichts der Herausforderungen, die die Nachkriegssituation

an die Politik stellte – als Voraussetzung für eine beiden Geschlechtern gerecht werdende Politik – auch auf die weibliche Perspektive in allen Politikfeldern.

Die CDU- und FDP-Frauen leiteten hieraus den Denkansatz ab, Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe und nicht als ein weiteres Fachressort unter vielen aufzufassen. So stritten die beiden exponierten hessischen CDU-Politikerinnen Gabriele Strecker und Elisabeth Pitz¹⁴ während ihrer gesamten Karriere für eine strukturelle Verankerung des Frauenthemas in allen politischen Bereichen. Gleichzeitig gehörten sie zu jenen CDU-Politikerinnen, die das CDU-Frauenleitbild der Hausfrau und Mutter kritisierten und für die Wahlmöglichkeit der Frau zwischen alleiniger Berufstätigkeit oder Beruf und Familie plädierten, allerdings mit der Einschränkung, dass die berufstätige Mutter während der ersten Lebensjahre des Kindes nicht erwerbstätig sein sollte.¹⁵ Damit die Frau eine freie Entscheidung treffen konnte, forderten sie entsprechende vom Staat zu erbringende gesetzliche und institutionelle Rahmenbedingungen wie: gleiche Ausbildungschancen für Mädchen und Jungen, gleiche Bezahlung, berufliche Rückkehrgarantien nach der Erziehungsphase, Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, Reform des Familienrechts, Weiterbildungsangebote für Frauen während der Familienphase und gesellschaftliche Anerkennung der ledigen berufstätigen Frau, Forderungen die zum Teil bis heute nicht an Aktualität verloren haben.¹⁶

Im Gegensatz zu den liberalen Politikerinnen, die mehrheitlich ihren parteiinternen Minderheitenstatus kaum kritisch diskutierten, setzten sich die CDU-Politikerinnen frühzeitig und kontinuierlich mit der geringen Präsenz von Frauen in der Politik auseinander. Zwar verwendeten sie andere Begrifflichkeiten, aber in der Analyse kamen sie zu ähnlichen Ergebnissen wie Anfang der 1990er Jahre die Politologin Eva Kreisky mit ihrer Theorie von dem »männerbündischen Charakter« von

Staat, Politik und Partei.¹⁷ Die CDU-Politikerin Gabriele Strecker, die in diesem Zusammenhang von »Männerkameraderie« sprach, formulierte bereits in den 1950er Jahren die Schwierigkeiten von Frauen in den von »männlichem Lebensstil« geprägten Parteien, die ausschließlich »auf den Mann und die männliche Erfahrungswelt zugeschnitten« und »zu wenig an die Erlebniswelt der Frauen und ihre höchstpersönlichen Interessen« geknüpft seien.¹⁸ Als Gegengewicht bauten die Christdemokratinnen parteiintern eine eigenständige Frauenvereinigung auf und maßen extern der Bündnispolitik mit unabhängigen Frauenverbänden für die Durchsetzung ihrer Forderungen eine wesentliche Bedeutung zu, nicht zuletzt, so Elisabeth Pitz, da Frauen leichter in Frauenversammlungen anzusprechen seien und »lieber zu einer Frauenversammlung im vorpolitischen Raum als zu einer Parteiversammlung« kamen.¹⁹

Elisabeth Pitz und Gabriele Strecker schätzten sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen dieser männerfreien Arbeitszusammenhänge innerhalb der Partei sehr realistisch ein, schließlich trat die erhoffte Stärkung der Position der Frauen durch die CDU-Frauenausschüsse nur bedingt ein. So ging trotz der Lobbyarbeit der Frauenanteil an Mandaten und politischen Ämtern seit den späten 1950er Jahren zurück oder stagnierte bestenfalls. Aufgrund dieser Erfahrung vertraute Elisabeth Pitz nicht mehr auf eine wohlwollend-solidarische Haltung der Männer, die zugunsten von Frauen auf ein Mandat verzichteten, sondern forderte bereits Ende der 1960er Jahre eine Frauenquote. Sie sprach von einer »Schlüsselzahl« bezogen auf den jeweiligen Mitgliederanteil von Frauen in den Parteien. Demnach hätte z. B. im 5. Deutschen Bundestag der Anteil der weiblichen CDU-Mandatsträger nicht 7,2 Prozent, sondern 14,1 Prozent der Abgeordneten betragen müssen, für die SPD hätten es danach nicht 10,3 Prozent, sondern 18,2 Prozent sein müssen.²⁰ Ihr Vorschlag fand allerdings in

den Statuten der CDU keinerlei Berücksichtigung. Erst Mitte der 1990er Jahre war die CDU bereit, über ein Quorum nachzudenken.

Sehr konsequent verfolgten die Sozialdemokratinnen einen partnerschaftlichen Politikan-satz. Basierend auf der Theorie des Haupt- und Nebenwiderspruchs lehnte die SPD »Sonderorganisationen« von Frauen ab und ordnete die Frauenpolitik grundsätzlich dem allgemeinen Parteiinteresse unter. Das Motto der SPD-Frauen hieß:

»Genaugenommen gibt es zwar die Frau besonders berührende Themen, aber keine ›Frauenfrage‹ in unserer Partei.«²¹

3. »Dies komplizierte Nebeneinander von Beruf, Familie und Abgeordnetendasein schaffen die meisten nicht. Da bleibt den Frauen am Ende nur Zorn, weil die Männer kaum helfen, die Dreifachkombination zu erleichtern.«²²

Neben den strukturellen Bedingungen der jeweiligen Partei spielte und spielt, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik eine entscheidende Rolle für die Karrieremöglichkeiten von Frauen in der Politik. Grundsätzlich waren sich die Nachkriegspolitikerinnen dieser Problematik bewusst, stellten aber nur selten das traditionelle Rollenverständnis in Frage. Entsprechend war für Frauen eine erfolgreiche Karriere nur dann möglich, wenn die Politikerinnen über ein privates Umfeld verfügten, das sie in der täglichen Hausarbeit entlastete und ihre politischen Ambitionen positiv bewertete bzw. aktiv unterstützte. Spätestens seit den restaurativen 1950er Jahren widersprach eine Politikerin mit Kindern dem nun gültigen weiblichen Rollenideal einer Hausfrau und Mutter und fand damit auch bei

den Kollegen der eigenen Parteien kaum Unterstützung. Daher war es nicht verwunderlich, dass lediglich ein Viertel der Landtagspolitikerinnen Kinder hatte, von denen die meisten bereits im jugendlichen und erwachsenen Alter waren, als ihre Mütter erstmals in ein Landesparlament gewählt wurden.²³ Eine seltene Ausnahme waren in der Nachkriegszeit unter den Parlamentarierinnen die Berufspolitikerinnen, die, sobald es die Strukturen zuließen, die Politik zu ihrer ausschließlichen Profession machten, oder aber jene, die ihren Beruf erst aufgaben, als aufgrund der Arbeitsbelastung beides, politisches Mandat bzw. Amt und Berufstätigkeit, nicht mehr zufrieden stellend zu leisten war. Die Erstgenannten waren vor allem Politikerinnen der älteren Generation, die bereits eine Karriere als Reichstags- bzw. Landtagsabgeordnete in der Weimarer Republik vorweisen konnten und über entsprechend reichhaltige politische Erfahrungen verfügten, wie Louise Schroeder (SPD), Marie-Elisabeth Lüders (DDP/FDP), Helene Weber (Zentrum/CDU), Christine Teusch (Zentrum/CDU), Luise Schiffgens (SPD) oder Helene Wessel (Zentrum/DZP).²⁴ Zu den Letztgenannten gehörten vor allem Politikerinnen, die nach 1945 in die Politik gegangen und als Freiberuflerinnen tätig waren. So hielt die Freidemokratin Emmy Diemer-Nicolaus, die von 1950 bis 1957 den Landtagen Württemberg-Baden und Baden-Württemberg und von 1957 bis 1972 dem Deutschen Bundestag angehörte, ihre Anwaltspraxis trotz großer Arbeitsbelastung in Beruf und Politik zunächst aufrecht. Zu der Aufgabe ihrer Kanzlei wurde sie gezwungen, als der Rhythmus der Sitzungswochen im Bundestag zu Beginn der 1960er Jahre so verdichtet wurde, dass die Fortführung einer Einzelpraxis mit der Ausübung des Bundestagsmandats nicht mehr in Einklang zu bringen war.²⁵

Nur in wenigen Fällen konnten die Politikerinnen einflussreiche und repräsentative Ämter und Funktionen in den Landesparlamenten bzw.

Landesregierungen erreichen. Hierbei existierte, korrespondierend mit dem Frauenanteil in den Landtagen, ein signifikanter Unterschied zwischen den Flächenländern und Stadtstaaten. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Besetzung von Ministerinnenposten. Denn die beiden einzigen (gewählten) Ministerinnen in einem Flächenland waren die Christdemokratin Christine Teusch, die von 1947 bis 1954 das Kultusministerium in Nordrhein-Westfalen leitete, und Lena Ohnesorge²⁶ vom BHE, die in Schleswig-Holstein von 1957 bis 1967 Sozialministerin war. Dagegen war in den Regierungen der Stadtstaaten, ausgenommen des Berliner Senats von 1951 bis 1955 und des Bremer Senats von 1948 bis 1951, zumindest eine Frau vertreten. Dabei trugen sowohl die fünf Sozialdemokratinnen (Berlin: Louise Schroeder, Erna Maraun²⁷, Ella Kay²⁸; Hamburg: Paula Karpinski²⁹, Bremen: Annemarie Mevissen³⁰), die beiden Freidemokratinnen (Berlin: Marie-Elisabeth Lüders; Hamburg: Emilie Kiep-Altenloh³¹), die Christdemokratin (Berlin: Margarete Ehlert³²) wie auch die Kommunistin (Bremen: Käthe Popall³³) in den sogenannten ›weichen‹ Ressorts – Jugend, Soziales und Sport – die Verantwortung.

Den Karrieresprung vom Landesparlament in den Deutschen Bundestag schafften hingegen immerhin knapp zehn Prozent bzw. insgesamt 30 der 322 Politikerinnen.

4. Keine Glosse

Im Jahre 1947 begründete der CDU-Landtagsabgeordnete Gustav Theill mit folgenden Worten die seiner Meinung nach fehlende Qualifikation von Christine Teusch für das Amt der Kultusministerin in Nordrhein-Westfalen:

»Vor allem [entspricht] es nicht der besonderen kulturellen Überlieferung und dem Empfinden der rheinisch-westfälischen Bevölke-

rung, die Leitung und Lenkung des kulturellen Lebens in die Hände einer Frau zu legen. Die unentbehrlichen starken und mannigfaltigen kulturellen Kräfte und Werte der Frau [können] gar nicht überschätzt werden. Sie [liegen] aber nicht in der Leitung, die nach dem Willen des Schöpfers dem Manne [obliegt]. Manche [meiner] Freunde [empfinden] es schon als ungewöhnlich, daß die Leitung des höheren Schulwesens in den Händen einer Frau [liegt]. Würde dazu noch die Gesamtleitung des Ministeriums einer Frau anvertraut, so [ist] das eine groteske Überspitzung des Gedankens der politischen Aktivierung der Frau und zugleich eine Bankrotterklärung des zur Leitung berufenen Mannes.»³⁴

Obwohl Konrad Adenauer als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion mit allen Mitteln Christine Teusch als Ministerin zu verhindern versuchte – so streute er Gerüchte über ihren angeblich schlechten Gesundheitszustand –, gelang es ihr in vielen Einzelgesprächen die Fraktionsmehrheit für ihre Kandidatur zu gewinnen. Doch auch nach ihrer Ernennung zur Kultusministerin ebnete die Diskussion darüber nicht ab, ob eine Frau für dieses Amt überhaupt geeignet sei. Sowohl männliche Parteikollegen als auch Vertreter der Wirtschaft und Kirchen zeigten völliges Unverständnis für diese Entscheidung. Nicht ohne Grund beurteilte Christine Teusch daher ihre Situation als Ministerin sehr realistisch:

»Minister in Deutschland zu sein ist schwer; Kultusminister zu sein noch schwerer, aber als Frau Kultusministerin am Rhein zu sein am allerschwersten.«³⁵

Anmerkungen

- 1 Vgl. Bettina Dausien, Biographie und Geschlecht. Zur biographischen Konstruktion sozialer Wirklichkeit in Frauenlebensgeschichten, Bremen 1996.
- 2 Vgl. Susanne Sander, Karrieren und Barrieren. Landtagspolitikerinnen der BRD in der Nachkriegszeit von 1946 bis 1960, Königstein/TS 2004, S. 17–20.
- 3 Vgl. ebd., S. 299.
- 4 Zitat in: Gabriele Strecker, Überleben ist nicht genug. Freiburg 1981, S. 82. Dr. Gabriele Strecker, geb. Schneider (1904–1983), verheiratet (1930–1960) mit dem Arzt Dr. Josef Strecker (1892–1960), zwei Söhne (*1932, 1935), Ärztin (1943–1946), Frauenfunktelerin Radio Frankfurt/Hessischer Rundfunk (1946–1962), seit 1948 Mitglied der CDU (1958–1966 Bundesvorstand), war von 1954 bis 1962 hessische Landtagsabgeordnete und eine der führenden CDU-Frauenpolitikerinnen der 1950er und 1960er Jahre. Vgl. zur Biografie von Gabriele Strecker: Ingrid Langer/Ulrike Ley/Susanne Sander, Alibi-Frauen? Hessische Politikerinnen im 2. und 3. Hessischen Landtag 1950 bis 1958. Band 3, Königstein 1996, S. 257–322.
- 5 In dem genannten Zeitraum bildete Bayern das Schlusslicht mit einem durchschnittlichen Frauenanteil von 3,3 %, es folgten Baden-Württemberg mit 4,5 %, Saarland mit 5,3 %, Niedersachsen mit 5,8 %, Rheinland-Pfalz mit 6,0 %, Nordrhein-Westfalen mit 6,2 %, Hessen mit 7,0 %, Schleswig-Holstein mit 7,2 %, Hamburg mit 12,5 %, Bremen mit 13,5 % und Berlin mit 18,6 %. Vgl. Sander, Karrieren, S. 297 ff.
- 6 Auch im 16. Deutschen Bundestag liegt der Frauenanteil bei knapp 32 % (31,8 %), ein leichter Rückgang gegenüber der vorherigen Bundestagswahl 2002 mit 32,5 %. Für die Parteien ergibt sich folgendes Bild: (in Klammern die Werte des 15. Deutschen Bundestages) CDU 21,1 % (22,6 %), CSU 15,2 % (20,7 %), SPD 36,0 % (37,8 %), Grüne 56,7 % (58,2 %), FDP (21,3 %), Die Linke 48,1 % (PDS: 100 %). Eigene Berechnungen nach den Angaben der Websites des Deutschen Bundestages und des Statistischen Bundesamtes (Stand: März 2009).
- 7 Frauenanteil in den westdeutschen Landtagen der jeweils letzten beiden Wahlen: Schlusslicht ist Baden-Württemberg 2006: 23,7 % (2001: 22,6 %), es folgen Nordrhein-Westfalen 2005: 27,3 % (2000: 31,2 %), Bremen 2007: 27,4 % (2003: 45,0 %), Hessen 2009: 28,8 % (2008: 34,5 %), Niedersachsen 2008: 30,9 % (2003: 33,9 %), Bayern 2008: 31,0 %

- (2003: 29,4%), Schleswig-Holstein 2005: 31,9% (2000: 36,0%), Saarland 2004: 35,3% (1999: 35,3%), Hamburg 2008: 35,5% (2004: 33,9%) Rheinland-Pfalz 2006: 36,4% (2001: 29,7%) und Berlin 2006: 38,9% (2001: 34,8%). Eigene Berechnungen nach den Angaben der Websites der Landtage und Statistischen Landesämter (Stand: März 2009).
- 8 Elisabeth Ostermeier, Hamburger SPD-Bürgerschaftsabgeordnete. Zitiert nach: Inge Grolle/Rita Bake, »Ich habe jonglieren mit drei Bällen geübt«. Frauen in der Hamburgischen Bürgerschaft. 1946 bis 1993, Hamburg 1995, S. 126. Elisabeth Ostermeier, geb. Gottschalk (1913–2002), verheiratet, eine Tochter (*1938), ein Sohn (*1940), 1945–1965 Verkäuferin, Sachbearbeiterin für Frauenfragen und Hausgehilfinnen im Bundesvorstand der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten in Hamburg, seit 1931 Mitglied der SPD, war von 1946 bis 1974 Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete und engagierte sich vor allem in der Sozial- und Frauenpolitik. Vgl. ebd., S. 124–128.
 - 9 Vgl. zum Folgenden ausführlich Sander, Karrieren, S. 98–126.
 - 10 Vgl. ebd., S. 231 ff.
 - 11 Zitiert nach: Elisabeth Fleschhut, »Ich als Frau und Abgeordnete ...!« Untersuchung der politischen Karriere, der parlamentarischen Arbeit und des politischen Selbstverständnisses der weiblichen Abgeordneten im Bayerischen Landtag der Nachkriegszeit (1946–1958), München 1997, S. 60 f. Dr. Maria Probst, geb. Mayer (1902–1975), 1945–1946 Lehrerin, seit 1946 Journalistin, 1930–1945 verheiratet mit Dr. Alfons Probst (1886–1945), zwei Töchter (*1931, 1941), seit 1945 Mitglied der CSU, Landtagsabgeordnete von 1946 bis 1949 und Bundestagsabgeordnete von 1949 bis 1967, war die erste Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages (1965–1967) und gehörte zu den führenden Sozial- und Frauenpolitikerinnen der CSU. Vgl. Hilde Balke, Sie waren die ersten ... Frauen im Bayerischen Landtag nach 1945, München 1996, S. 10–19.
 - 12 Die Berliner Anträge wurden im Januar 1947 von der Ersten Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Vgl. Renate Genth u. a., Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945–1949, Berlin 1996, S. 111 f. Die niedersächsischen Anträge wurden im Mai und September 1948 im 1. Landtag beraten. Vgl. Freia Hoffmann, Fraueninteressen und die »liberale Idee«. Grete Sehlmeier, in: Bärbel Clemens (Hg.), Frauen machen Politik. Parlamentarierinnen in Niedersachsen, Hannover 1996, S. 56 ff.
 - 13 Vgl. ausführlich zur Ausbildung und Berufstätigkeit der Politikerinnen: Sander, Karrieren, S. 51–57, 126–135.
 - 14 Elisabeth Pitz, geb. Savelsberg (1906–1996), Berufsberaterin in Köln (1927–1935), Lehrerin in Rasdorf (1944–1950), Dezernentin für Jugendpflege und Erwachsenenbildung beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden (1950–1953), verheiratet 1935–1947 mit Dr. Norbert Pitz (1904–1947, Jurist), vier Söhne (*1936, 1938, 1940, 1944), 1922–1933 Windhorstbund/Zentrum, seit 1924 Mitglied des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDF), seit 1945 Mitglied der CDU (1953–1956 Bundesvorstand), war von 1946 bis 1953 hessische Landtagsabgeordnete und von 1953 bis 1969 Bundestagsabgeordnete. In Hessen gehörte sie zu den führenden BildungspolitikerInnen und in der CDU zu den maßgeblichen Frauenpolitikerinnen der 1950er und 1960er Jahre. Vgl. zu ihrer Biografie: Ingrid Langer/Ulrike Ley/Susanne Sander, Alibi-Frauen? Hessische Politikerinnen im 1. und 2. Hessischen Landtag 1946 bis 1954. Band 2, Frankfurt am Main 1995, S. 115–197.
 - 15 Damit deutete sich bereits ein Wechsel vom Zweizum Dreiphasenmodell an: Das Zweiphasenmodell: Erwerbsarbeit der Frau ausschließlich zwischen Schul- und Ausbildungsende und Familiengründung. Das Dreiphasenmodell: Berufsarbeit der Frau vor und nach der Familienphase.
 - 16 Einen guten Überblick über die Erfolge und Misserfolge der zahlreichen frauenpolitischen Aktivitäten, die in den ersten drei Wahlperioden des Deutschen Bundestages von weiblichen Bundestagsabgeordneten initiiert wurden, bietet die Studie von: Regine Marquardt, Das Ja zur Politik. Frauen im Deutschen Bundestag 1949–1961. Ausgewählte Biografien, Opladen 1999. Sie wertet die Biografien folgender Frauen aus: (SPD) Maria Ansoerge, Louise Schroeder, Marta Schanzenbach, Käthe Strobel; (CDU) Helene Weber, Elisabeth Schwarzhaupt; (DP/CDU) Margot Kalinke.
 - 17 Vgl. Eva Kreisky, Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatsklärung, in: Dies./Birgit Sauer (Hg.), Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung, Frankfurt a. Main 1995, S. 203–222.
 - 18 Gabriele Strecker, Der Weg der Frau in die Politik, Bonn 1965, S. 31.

- 19 Elisabeth Pitz-Savelsberg, Erfahrungen aus der Versammlungstätigkeit vor den Bundestagswahlen 1957. Aktenordner: Referate-Reden 1957/58, Bundestag. Teilordner: Berichte über Reden, Tagungen, Termine bis 1958, NL Elisabeth Pitz, Privatbesitz.
- 20 Vgl. Elisabeth Pitz: Die Vertretung der Interessen der Frau in Parlament und Öffentlichkeit. Referat 1968, S. 10 f. Aktenordner: Eig. Veranstat. 1963–1968. Ordner: Die Vertretung der Interessen der Frau in Parlament und Öffentlichkeit, NL Elisabeth Pitz, Privatbesitz. In diesem Zusammenhang weist sie auf die fast aussichtslosen Chancen von Frauen bei Wahlkreisandidaturen hin: »Hier hat es die Frau viel schwerer ... In welchem Kreis würde schon eine Frau ... gewählt, wenn sich gleichzeitig auch Männer bewerben. Bei gleicher Leistungsfähigkeit würde immer der Mann vorgezogen. ›Der Mann kann das einfach besser, das ist dann auch die Meinung der Frauen in diesem Kreis, wie man leider immer wieder feststellen muß. Eigene Erfahrung. Weitgehend herrschen männliche Verhaltensmodelle vor.« Ebd., S. 8. Unterstreichung i. O.
- 21 Ruth Horn, hessische SPD-Abgeordnete: Referat vor der SPD-Ortsgruppe Bickenbach. Nicht datiert, in: HHStA Wiesbaden: Handschriftliches Redemanuskript, S. 1. Herv. i. O. Abt. 1203–17, NL Ruth Horn. Ruth Horn, geb. Granzin (1908–1987), 1949–1950 Lehrerin, seit 1959 Schulrätin, seit 1966 Oberregierungsschulrätin, verheiratet 1929 bis 1951 (Scheidung) mit Willy Horn (1898–1988), zwei Söhne (*1931, 1935), seit 1946 Mitglied der SPD, war von 1950 bis 1970 hessische Landtagsabgeordnete und die führende Kultur- und Bildungspolitikerin der SPD-Fraktion. Vgl. zur Biografie: Langer, Alibi-Frauen? Bd. 3, S. 9–74.
- 22 Elisabeth Ostermeier, Hamburger SPD-Abgeordnete. Zitiert nach: Grolle, Frauen, S. 126 und S. 128.
- 23 Vgl. zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik: Sander, Karrieren, S. 57–60, S. 136–145, S. 301.
- 24 Louise Schroeder (1887–1957), seit 1910 Mitglied der SPD, 1919–1933 Reichstag, 1946–1947 und 1949–1952 Berliner Abgeordnete, 1949–1957 Bundestag, 1947–1948 Oberbürgermeisterin Berlin. Dr. Marie-Elisabeth Lüders (1878–1966), 1919–1933 Mitglied der DDP/DStP, seit 1948 Mitglied der LDP/FDP, 1919–1933 Reichstag, 1949–1951 Berliner Abgeordnete, 1953–1961 Bundestag. Dr. h. c. Helene Weber (1881–1962), seit 1902 Mitglied des KDF, von 1918–1933 Mitglied der Zentrumspartei, 1922–1924 Preußischer Landtag, 1919–1920 und 1924–1933 Reichstag, 1946–1947 Landtag Nordrhein-Westfalen, 1948–1949 Parlamentarischer Rat, 1949–1962 Bundestag. Dr. h. c. Christine Teusch (1888–1968), seit 1910 Mitglied im KDF, von 1919–1933 Mitglied in der Zentrumspartei, seit 1945 Mitglied der CDU, 1919–1933 Reichstag, 1946–1966 Landtag Nordrhein-Westfalen, 1947–1954 Kultusministerin Nordrhein-Westfalen. Luise Schiffgens, geb. Simons (1892–1954), seit 1914 Mitglied der SPD, 1921–1924 Preußischer Landtag, 1924–1930 Reichstag, 1947–1954 Landtag Saarland. Helene Wessel (1898–1969), 1917–1933 Mitglied der Zentrumspartei, 1945–1952 der Deutschen Zentrumspartei (DZP), 1953–1958 der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), seit 1957 Mitglied der SPD, 1928–1933 Preußischer Landtag, 1946–1950 Landtag Nordrhein-Westfalen, 1948–1949 Parlamentarischer Rat, 1949–1953 und 1957–1969 Bundestag. Vgl. die Kurzbiografien zu den Politikerinnen in: Sander, Karrieren, S. 332, S. 329 f., S. 318, S. 310.
- 25 Vgl. ebd., S. 134.
- 26 Dr. Lena Ohnesorge, geb. Voß (1898–1987), 1925–1945 Ärztin in Prenzlau, 1945–1957 in Lübeck, verheiratet 1924–1953 mit Dr. Hans Ohnesorge (1892–1953, Arzt), ein Sohn (*1925), drei Töchter (*1927, 1932, 1934), ein Pflegesohn (*1924), 1950–1958 Mitglied im BHE, seit 1959 Mitglied der CDU, 1950–1958 und 1962–1967 Landtag Schleswig-Holstein, war die führende Flüchtlings-, Sozial- und Frauenpolitikerin im BHE bzw. der SPD in Schleswig-Holstein. Vgl. zu ihrer Biografie: Sabine Jebens-Ibs, Ohnesorge, Helene (Lena), in: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck. Bd. 10, Neumünster 1994, S. 276–281.
- 27 Erna Maraun (1900–1959), seit 1918 Mitglied der SPD, 1919–1933 Fürsorgerin, 1933–1945 Sekretärin, 1946–1949 Stadträtin für Jugendfragen und Leiterin des Hauptjugendamtes des Magistrats Berlin, 1949–1950 Bezirksstadträtin Jugend Berlin Kreuzberg, seit 1951 Oberregierungsrätin Senatsamt für Jugend, 1946–1947 Berliner Abgeordnete. Vgl. zu ihrer Biografie: Michalski, Schwestern, S. 176–179.
- 28 Ella Kay (1895–1988), seit 1919 Mitglied der SPD, 1911–1923 Arbeiterin, 1923–1927 AWO-Mitarbeiterin, 1931–1933 Jugendamtsleiterin Prenzlauer Berg, 1935–1945 Stenotypistin, Verkaufsleiterin, 1946–1947 Bezirksbürgermeisterin Prenzlauer Berg, 1929–1933 Stadtverordnete Berlin, 1946–1947, 1949–1951 und 1963–1971 Berliner Abgeordnete, 1949–1955 Leiterin des Hauptjugendamtes beim

- Senat, 1955–1962 Senatorin für Jugend und Sport. Vgl. zu ihrer Biografie: Ebd., S. 133–142; Genth, Frauenpolitik, S. 274 ff.
- 29 Paula Karpinski, geb. Thees (1897–2005), seit 1913 Mitglied der SPD, 1913–1925 Kontoristin, 1928–1933 Wohlfahrtspflegerin, 1920–1976 verheiratet mit Carl Karpinski (1896–1976, Architekt, 1946–1961 Hamburger Bürgerschaft), ein Sohn (*1930), 1931–1933 und 1946–1966 Hamburger Bürgerschaft, 1946–1953 und 1957–1961 Senatorin für Jugend (1951–1953 auch Senatorin für Sport). Vgl. zu ihrer Biografie: Grolle, Frauen, S. 60–66.
- 30 Annemarie Mevissen, geb. Schmidt (1914–2006), seit 1928 Mitglied der SPD, 1939–1943 Buchhändlerin, 1943–1951 Hausfrau, seit 1943 verheiratet mit Werner Mevissen (*1911, 1945–1975 Direktor der Bremer Stadtbibliothek), eine Tochter (*1945), ein Sohn (*1948), 1947–1951 Bremische Bürgerschaft, 1951–1975 Senatorin für Jugend, 1959–1975 Senatorin für Soziales, Sport, 1967–1975 2. Bürgermeisterin. Vgl. »Trauer in Bremen. Annemarie Mevissen gestorben«. Pressemitteilung vom 14.7.2006, in: frauenseiten.bremen (www.bremen.de/sixcms/detail.php?id=3860686); Annemarie Mevissen, Erlebtes aus der Politik, Bremen 1984.
- 31 Dr. Emilie Kiep-Altenloh, geb. Altenloh (1888–1985), Juristin und Biologin, 1914–1918 Leiterin Kreisernährungsamt Kreis Schwelm/Westfalen, 1919–1923 Leiterin Provinzialwohlfahrtsamt Schleswig Holstein in Kiel, 1923–1967 verheiratet mit Nikolaus Kiep (1882–1967, Direktor der Vulkan-Werft), 1943–1947 Leiterin Institut Umweltforschung Universität Hamburg, 1929–1933 Mitglied der DDP/DStP, seit 1945 Mitglied der FDP, 1930–1933 Reichstag, 1949–1957 Hamburger Bürgerschaft (1951–1952 Vizepräsidentin), 1954–1957 Senatorin der Sozialbehörde, 1957–1961 Senatorin der Behörde Ernährung, Landwirtschaft und Gefängnisse. Vgl. Emilie Kiep-Altenloh, Politik als Aufgabe, in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 1, hg. v. Deutschen Bundestag/Wissenschaftliche Dienste – Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation, Boppard 1984, S. 315–344.
- 32 Margarete Ehlert (1886–1962), seit 1914 Mitglied des KDF, 1905–1912 Verkäuferin, 1912–1920 Leiterin Frauenabteilung Arbeitsamt Schöneberg, 1920–1923, 1923–1927, 1927–1933 Regierungsrätin, Oberregierungsrätin, Direktorin Reichsanstalt Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung Berlin, 1933–1945 freie Sozialarbeit Caritas, seit 1945 Mitglied der CDU, 1946–1949 Stadträtin Sozialwesen Magistrat Berlin, 1946–1947 und 1952–1959 Berliner Abgeordnete. Vgl. Sander, Karrieren, S. 326.
- 33 Käthe Popall, geb. Fürst, gesch. Lübeck (1907–1984), in den 1920er Jahren Mitglied der SPD, 1930–1956 Mitglied der KPD, Kontoristin (bis 1933), 1930–1933, 1946–1947 und 1948–1951 Bremische Bürgerschaft, 1946–1948 Senatorin für Flüchtlingswesen und Wiedergutmachung. Vgl. zu ihrer Biografie: Renate Meyer-Braun (Hg.), Frauen ins Parlament! Porträts weiblicher Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft, Bremen 1991, S. 192–216 und die Autobiografie: Käthe Popall, Ein schwieriges politisches Leben, Fischerhude 1985.
- 34 Gustav Theill an Konrad Adenauer, 5.12.1947. RWN 210–588, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HstAD), zitiert nach: Klaus-Peter Eich, Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1954, Düsseldorf 1987, S. 91 (Zitate in diesem Buch sind ausschließlich in indirekter Rede wieder gegeben. Gustav Theill (1886–1963), evangelisch, Besitzer einer Metallfabrik in Remscheid, 1945 Mitbegründer der CDU, 1946–1950 MdL. Vgl. Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen (Hg.), 50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Das Land und seine Abgeordneten, Düsseldorf 1996, S. 519.
- 35 Christine Teusch im Jahre 1949, zitiert nach: Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen (Hg.), Frauen im Landtag, Düsseldorf 1992, S. 36.